

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Anzeigen:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Pauls Kirche, Katharinenstr. 19, v.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,050.

Abonnementpreis vierteljährlich 47 Sgr.,
incl. Frachtlohn 5 Sgr.,
durch die Post bezogen 6 Sgr.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Beilagen für Extrablätter
ohne Postbefreiung 36 Sgr.
mit Postbefreiung 46 Sgr.
Jahresabg. 46 Sgr. 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Cah nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Reclamen-
druck die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nur
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.

No. 73.

Mittwoch den 14. März 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Das der Stadtgemeinde gehörige, am **Peterssteinweg Nr. 11** gelegene Grund-
stück zur **Grünen Linde**, Nr. 301 Abtheil. B. des Brandkatasters, soll zum **Verkaufe**,
bez. das Vordergebäude auf dem **Abbruch**

Montag den 26. d. Mon., Vormittags 11 Uhr

an Rathshofe **versteigert** und vorbehaltlich des Beschlusses über den Zuschlag in folgender
Weise ausgetreten werden, nämlich

zuerst das **ganze Grundstück**, so wie es steht und liegt, zum **Verkaufe mit der**
Verpflichtung für den Ersteher **zum Abbruche des Vordergebäudes** und
unter Ausschluß des nach der festgestellten neuen Straßen- und Baufluchtlinie
davon zur **Straßenverbreiterung** zu verwendenden Grundes und Bodens,
welcher nicht mit verkauft wird,

dann **noch einmal das Grundstück mit Ausschluß** des besonders auf den
Abbruch zu veräußernden **Vordergebäudes** und **nach Abtrennung** des zur
Straßenverbreiterung zu verwendenden Grundes und Bodens des letzteren
mit den Seiten- und Hintergebäuden, so wie Alles steht und liegt, ebenfalls
zum **Verkaufe**,

zuletzt das **Vordergebäude auf den Abbruch** für den Fall, daß der Zuschlag auf
das zweite Angebot erfolgt.

Der **Versteigerungstermin** wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Verstei-
gerung jedesmal geschlossen werden, sobald auf die in obiger Reihenfolge ausgetretenen Verstei-
gerungsobjecte weitere Gebote nicht mehr erfolgen.

Die **Versteigerungsbedingungen** und ein **Situationsplan** liegen von **Donnerstag den**
15. d. Mon. ab in unserem **Bauamte** (Rathhaus, 2. Etage) zur **Einsichtnahme** aus.

Leipzig, den 10. März 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Secretari.

Holz-Auction.

Mittwoch den 21. März c. sollen von **Vormittags 10 1/2 Uhr** an im **Forstreviere**
Connewitz auf dem **Rahlschlage** in **Abth. 35**

ca. 600 Klafter gemachte Stockholzhäufen

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den
Reisbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem **Rahlschlage** im sogenannten **Veipert** am **Rödelwehre**, unweit
des **Schleußiger Weges**
Leipzig, am 6. März 1877.

Des Raths Forst-Deputation.

Leipzig, 13. März.

Wie uns neuerdings aus Berlin gemeldet wird,
soll die Reichsgerichtspräsidentenfrage am Donnerstag
vor das Forum des Reichstages treten. Wir
dürfen hoffen, daß der Redekampf, den wir zu
erwarten haben, das Gepräge einer ruhigen, der
Sache wie des Hauses würdigen Erörterung tragen
wird. Die Ansichten haben Zeit genug gehabt,
sich zu messen, auszumitteln und zu klären; in
der Presse wie in den Vorberathungen der parla-
mentarischen Parteien sind die Gründe, die für
Berlin wie für Leipzig sprechen, nach allen Seiten
hin reichlich erwogen, und die Wünsche und An-
schauungen der leitenden Kreise sind so deutlich
zu Tage getreten, daß sensationelle Ueberraschungen,
wie sie manchmal in letzter Minute noch aus der
Verstellung emporspringen, in diesem Falle nicht zu
besorgen sind. So dürfen wir denn, ohne der
Boreiligkeit geziehen zu werden, schon jetzt die
Aussichten abwägen, die für die Wahl einer jeden
der beteiligten Städte sprechen.

Da ist es denn vor Allem bezeichnend, daß die
Frage schon seit Wochen in ein Stadium getreten
ist, in welchem nur mehr von zwei Namen die
Reihe ist: von Berlin und Leipzig. Man erinnere
sich nur, daß in dem ursprünglichen Entwurfe,
wie er vom Reichspräsidenten an den Bundesrath
gelangte, Leipzig mit keinem Worte, nicht einmal
in abweichendem Sinne, gedacht war. Dort war
vielmehr die selbstige Theorie aufgestellt, daß der
Reichs oberster Gerichtshof nur in der fürnehmen
Atmosphäre einer Residenz gedeihen könne und
darauf war dann die sehr natürliche Schlussfolge-
rung gebaut, daß unter den verschiedenen Resi-
denzen, wie in anderen Dingen, so auch in diesem
Puncte der kaiserlichen Residenz die Palme gebühre.
Obwohl nun Leipzig sich keiner Residenzluft er-
freut, also eigentlich gar nicht in Frage kam,
sind es doch ein großer Theil der deutschen Presse
für gut, diese Stadt aus ihrer Verborgenheit
herauszuheben und neben Berlin, ja für den vor-
liegenden Fall über dasselbe zu stellen. Es waren
das nicht etwa Hehlblätter, die dem Reiche und seiner
Hauptstadt gern einen Schabernack spielen, sondern
hervorragende Zeitungen von gut deutscher Art, wie
die Kölnische, die Augsburger Allgemeine, die
Magdeburger, die Schlesische Zeitung. Neben
diesen Stimmen der öffentlichen Meinung ging
der Beschluß des Bundesraths her, der sich gleich-
falls in seiner Mehrheit für Leipzig entschied.
Dieser doppelte Sieg Leipzigs war um so über-
raschender und bemerkenswerther, als vorher
dieser Name gar nicht zur Debatte gestellt worden
war. Das ist eine Thatfache, mit der zu rechnen
einer verständigen Politik ziemt. Solch eine Politik
aber ist die des Reichstanzlers, und obwohl dieser,
wie wir jetzt wissen, erklärt hat, daß er für seine
Person und amtlich (d. h. in seiner Eigenschaft
als preussischer Ministerpräsident) für die preussische
Hauptstadt eintrete, so sind wir doch überzeugt,
daß er in dieser Frage keinen nachhaltigen
Druck auf den Reichstag ausüben wird. Er selbst

hat angedeutet, daß er aus der Angelegenheit
keine Cabinetfrage mache und dem Reichstage
ganz die Entscheidung überlasse; es ist also mög-
lich, daß er, um sich jeder Einwirkung zu be-
geben, gar nicht in die Debatte eingreifen wird.
Wir dürfen diese feste Bestimmung und doch eng
begrenzte und zurückhaltende Stellung des Reichs-
kanzlers als ein gutes Zeichen für Leipzig an-
sehen. Wenn wir bedenken, daß Elemente wie
die Liberalen, die Socialisten, die Particularisten,
die Polen und Elässer auf unserer Seite stehen,
so könnte uns wohl bange werden vor einem
Sieg Leipzigs. Wir meinen aber, daß, wenn
hier wirklich ein nationales Interesse auf dem
Spiele stünde, Fürst Bismarck im Bewusstsein
seiner schweren Verantwortlichkeit sich ganz anders
als jetzt zeigen würde. Daß er nicht auf der
Wahl Berlins besteht, spricht dafür, daß er keine
Gefahr darin sieht, wenn der Reichstag sich für
Leipzig entscheidet, und daß es auch für ihn vom
nationalen Standpunkte aus gleichgültig ist,
ob das zu schaffende Reichsgericht an das bereits
bestehende und glänzend wirkende Oberlandes-
gericht angeknüpft oder in Berlin, in Anlehnung
an das Obertribunal, neu begründet
werden soll. Und Dasselbe gilt von der Haltung der
nationalliberalen Partei, dieser derselben Hüterin
der Reichsliberalen, und der ihr verwandten freicon-
servativen Partei. Beide Fractionen haben sich
bisher weder für Berlin noch für Leipzig ent-
schieden, und es wird auch, wie wir erfahren,
zu einem bindenden Beschlusse nicht kommen, da
in beiden Fractionen beträchtliche Minderheiten
für Leipzig vorhanden sind. Die nationale
Partei wird die Sache ebenso wenig zur Partei-
frage machen, wie Bismarck sie zur Cabinet-
frage machen will. Es werden daher diejenigen
Nationalliberalen, die für Leipzig stimmen wollen,
dies mit gutem Gewissen und in voller Freiheit
thun können. Da neben dem Centrum, den
Polen, Elässern u. auch die Fortschrittspartei
geschlossen für Leipzig eintreten wird, so ist uns
(ganz abgesehen von den Conservativen, aus
denen wir gleichfalls starke Hülfsstruppen zu er-
warten haben) der Sieg gesichert, wenn die
Nationalliberalen und die Freiconservativen zu-
sammen nur ein Fährlein von 30-40 Mann
stellen.

Nach alledem können wir also auf einen, wenn
auch mühsam zu erringenden und knappen Sieg
für Leipzig hoffen. Entscheidet sich aber der Reichstag
dennoch für Berlin, so wird Leipzig zu beweisen
haben, daß es als gute deutsche Stadt die Be-
schlüsse des deutschen Parlaments zu ehren weiß
und daß es nicht darum reichsfremdlich ist, weil
es Freundschaften vom Reiche erwartet.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 12. März.

Die Verhandlungen des Reichstages über den
Haushaltsetat am 11. erstreckten sich zugleich auf

Auction.

Auf dem städtischen Lagerplatze am **Täubchenwege** hinter dem alten Friedhofe soll
Sonnabend, den 17. d. M., Vormittags 10 Uhr,
ein auf eichenen Säulen ruhendes, mit Zinkblech abgedecktes, achtseitiges Schutzbach vom Brunnen
auf dem Augustusplatze gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden.
Leipzig, den 13. März 1877. **Des Raths Deputation zu den Brunnen.**

Auction.

Auf dem städtischen Lagerplatze am **Täubchenwege** sollen einige alte **Pappeln** gegen sofortige
baare Zahlung
Sonnabend, den 17. d. M., Vormittags 10 Uhr,
meistbietend verkauft werden.
Leipzig, den 13. März 1877. **Des Raths Straßenbau-Deputation.**

Holz-Auction.

Mittwoch den 21. März c. sollen von **Vormittags 9 Uhr** an im **Forstreviere Connewitz**
an den sogenannten **Bauernwiesen** entlang
ca. 60 Langhäufen
unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den
Reisbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem **Hahlschlage** im sogen. **Streitholze** bei **Connewitz**, unweit der
Wasserleitungsanlage
Leipzig, am 6. März 1877. **Des Raths Forst-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die am 4. Februar d. J. hier verstorbenen Frau **Rosine verw. Conrad geb. Klingner**
hat in ihrem letzten Willen die **Wiener'sche Blindenanstalt** mit einem Vermächtniß von **1500 A.**,
sowie das **St. Johanniskloster** mit einem dergleichen von **900 A.** beacht.
Wir bringen diese Vermächtnisse, welche Zeugniß von der menschenfreundlichen Gesinnung der
Verstorbenen abgeben, hierdurch mit dem Ausdruck aufrichtigsten Dankes zur öffentlichen Kenntniß.
Leipzig, am 10. März 1877. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Wagemann.

R. sächs. Standesamt Leipzig.

Die Expeditionen des Standesamtes befinden sich vom 1. März d. J. an
im **zweiten Stockwerke der Georgenhalle**,
Ritterstraße 15, Eingang vom Ritterplatze aus.
Leipzig, am 27. Februar 1877.

Der Standesbeamte
Dir. Julius Burdhardt.

gebe. Weniger wohlwollend behandelt er den
Abg. Richter, der ihm die Erwiderung nicht
schuldig blieb. Juvor hatte noch der Abg. Richter
in sehr nachdrücklicher Weise die beiden For-
derungen betont: 1) jedes Jahr im Wesentlichen
für sich selber sorgen zu lassen, nicht aber zum
Zweck des Ansaumlens von Ueberschüssen, die erst
nach Jahren zur Verwendung kommen, die Steuer-
kraft unnötig anzuspannen, und 2) durch beweg-
liche Steuern das Budgetrecht zu wahren. Mit
Bezug auf den Antrag Richter warnte der Abg.
Valkter nochmals davor, die Spannkraft des
Invalidenfonds zu sehr zu schwächen. — Im
Ganzen darf man der ersten Berathung des
Budgets die Ueberzeugung entnehmen, daß die
Besürchtung empfindlicher Steuerer-
höhungen nicht eintreffen, daß die Ma-
tricularbeiträge, wenn überhaupt, nur eine
mäßige Erhöhung erfahren werden, und daß
die Einrichtung verantwortlicher Reichs-
ministerien, trotz der derzeitigen ablehnenden
Haltung an maßgebender Stelle, nur eine
Frage der Zeit sein wird.

Die Interpellation Richter-Reifen wegen
Revision der Gewerbeordnung wurde,
nachdem der Interpellant sie durch ein ebenso
allgemein gehaltenes wie dürftiges Stimmungs-
bild begründet hatte, von dem Präsidenten des Reichs-
kanzleramts im Wesentlichen dahin beantwortet,
daß die Regierungen in der gegenwärtigen Session
nur ein unbedeutendes Gesetz wegen Ergänzung
des Verzeichnisses der concessionspflichtigen Gewerbe-
unternehmungen, später aber einige weitere Vor-
schläge auf Grund der vorgenommenen Nach-
forschungen vorzulegen gedächten. Der über-
mäßigen Ausdehnung des Hausirhandels durch
Ausländer sei neuerdings durch eine Verordnung
begegnet worden. Aus der sehr unterhaltenden,
aber wenig fruchtbaren Debatte, deren weiter
Rahmen u. A. dem Socialdemokraten Kapell
Gelegenheit bot, sein Zukunftsprogramm im
Tone der Volkswissenschaften zu entwickeln, sei
nur die Erklärung des Abg. Valkter, welche der-
selbe Namens einer Anzahl seiner Parteigenossen
abgab, hervorgehoben: daß sie, auf dem Boden
der Gewerbeordnung stehend, das Bedürfniß an-
erkannten, die besitzende Hand anzulegen, und des-
halb damit beschäftigt seien, Grundlagen für ein
Gesetz zur Ergänzung einzelner Puncten vorzu-
bereiten, daß sie sich aber dabei auf diejenigen
Puncte beschränken würden, welche für eine solche
Behandlung bereits reif seien, in erster Linie die
Lehrlingsfrage. Sie seien sich aber der
Schwierigkeiten vollumfänglich bewußt, und er bitte des-
halb, die Berathung des von conservativer Seite
eingebrachten Gesetzentwurfs noch eine kleine Weile
hinauszuschieben.

Die auf Beschluß des Bundesraths vorgenom-
menen Erhebungen über die Verhältnisse der
jugendlichen Fabrikarbeiter haben er-
geben, daß in den in Frage kommenden Industrie-
zweigen nahezu 88,000 solcher jugendlichen